Berlin, den 1. Juni 1923 — Nr. 22. 37. Jahrgang

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeuilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.

Publikationsorgan der Berufskrankenkassen

Inserate kost. d. 4gespalt. Nonp.-Zeile 100 Mk. f. Stellenangeb., 150 Mk. f. Sachwertangeb. | Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120 | Erscheint wöchentlich. Preis 60 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Stichwahlresultat vom 18., 19. und 23. Wahlkreis.

Es erhielten Stimmen:

Im 18. Wahlkreis: Bonn in Erfurt 14, Gera/G. 7 und Cassel 346, zusammen 367 Stimmen; Fröbel in Arnstadt 33, Erfurt 13, Gotha 33, Gera/G. 173 und Suhl 22, zusammen 274 Stimmen. Zersplittert 8 Stimmen. Gewählt: Bonn-Cassel.

Im 19. Wahlkreis: Wittenbecher in Altenburg 10, Apolda 3, Gera/R. 10, Geringswalde 13 und Zeitz 237, zusammen 263 Stimmen; Eppinghaus in Altenburg 3, Apolda 10, Gera/R. 98, Geringswalde 25, Jena 29, Weimar 48, Weißenfels 9, Wurzen 13 und Zeitz 3, zusammen 238 Stimmen. Gewählt: Wittenbecher-Zeitz.

Im 23. **Wahlkreis:** Opfermann in Elberfeld 71, Gelsenkirchen 6, Hagen 52, Oberhausen 28 und Mülheim 15, zusammen 172 Stimmen; Seidel in Bochum 49, Elberfeld 63, Gelsenkirchen 2, Mülheim 4 und in Witten 7, zusammen 125 Stimmen. Zersplittert 8 Stimmen. Gewählt: Opfermann-Hagen.

Im 25. Wahlkreis war Protest gegen die Wahl in Gummersbach eingelaufen und hat der Vorstand Wiederholung der Wahl angeordnet. Es wurden abgegeben für Hohnerkamp 54, für Schäfer 5 Stimmen.

Das Gesamtresultat für den Wahlkreis beträgt nunmehr für Hohnerkamp 194, für Schäfer 170 Stimmen. Gewählt ist Hohnerkamp-Cöln a. Rh.

Der Vorstand.

Zum Verbandstag in Offenbach.

Ungehindert durch die gegenwärtige Wirtschaftslage wird am 7. Juni unser erster ordentlicher Verbandstag nach der Verschmelzung mit den Tapezierern in Offenbach stattfinden. Wir blicken zurück auf Halle, wo am 31. März 1920 die Verschmelzung beschlossen wurde. Drei Jahre sind seitdem verflossen und wir haben die Pflicht, rückschauend zu würdigen, was sich in dieser Zeit ereignet hat. In einem kurzen Zeitungsartikel ist das natürlich nur zusammenfassend möglich. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands sind in dieser Zeit wiederholt aufs schwerste erschüttert worden. Schon im Frühjahr 1920 zwang der Kapp-Putsch zur Verlegung der Tagung in Halle. In der Folge hatten wir dann unter einer enormen Arbeitslosigkeit zu leiden, die Ende Juli mit 23,8 Arbeitslosen ihren höchsten Stand erreichte, und an welcher besonders die Offenbacher Lederwarenindustrie stark beteiligt war; kamen doch in diesem Bezirk 34,1 Arbeitslose auf 100 Mitglieder.

Diese Zustände waren von großem Einfluß auf unser Verbandsleben, denn viele Mitglieder waren der Ansicht, der ADGB. und der Verbandsvorstand hätten die Macht, dies zu ändern. Die Tatsache, daß auch in den Siegerländern die Arbeitslosigkeit immer größer wurde, mußte indes beweisen, daß hier stärkere Machtfaktoren wirksam waren, denen nicht beizukommen ist mit den gewöhnlichen gewerkschaftlichen Machtmitteln.

Vor allem waren es die Folgen des Deutschland aufgezwungenen Friedensvertrages und die dadurch bedingten Sachlieferungen und Reparationszahlungen, die das gesamte Wirtschaftsleben aufs tiefste erschüttert haben. Die Auswirkung bis zur Ruhrbesetzung und ihren Folgen bis zur Stunde bedarf in diesem Zusammenhange keiner näheren Schilderung, denn wir spüren sie unausgesetzt an uns selbst.

Im Jahre 1921 besserte sich infolge des steigenden Dollarkurses die Wirtschaftslage dermaßen, daß Ende Juni 1921 auf je 100 Mitglieder des Verbandes nur noch 8,6 Arbeitslose kamen. Deutschland wurde infolge der Markentwertung von Ausländern geradezu überschwemmt, die hier fast umsonst ein Genußleben führen, und für wenig Geld deutsche Waren aller Art erstehen können. Die neuerliche rapide Geldentwertung setzte aber erst im Juli 1922 ein und erreichte von 399 Mk. am 27. Juni für einen Dollar am 2. Januar 1923 den Höchststand von 50 000 Mk. Seitdem schwankt der Dollarkurs bekanntlich hin und her, ging infolge der Stützungsaktion der Regierung zeitweilig auf 19 000 zurück, um wieder bis über 50 000 hochzuschnellen. Diese tollen Kursschwankungen übten eine verhängnisvolle Wirkung aus auf alle Preisbildungen und zwangen die Arbeiterschaft in unausgesetzte Lohnverhandlungen und Streiks. Die Resultate derselben waren fast ausnahmslos unbefriedigend und wurden meist mit Unwillen von den Mitgliedern entgegengenommen.

Die Lohnsteigerungen werden den Delegierten des Verbandstages in einer tabellarisch-graphischen Uebersicht vorgeführt werden. Die Lohnhöhe zeigt bekanntlich eine gewaltige Aufblähung, während der reale Wert, die Kaufkraft derselben, tief unter das Niveau der Friedenslöhne herabgesunken ist, hat doch ein Tausendmarkschein nur noch einen Wert von wenigen Pfennigen.

Am Schluß des Jahres 1920 bestanden im Verband 151 Tarife, von welchen allein auf die Tapezierer 133 entfallen. Diese 151 Tarife erstrecken sich auf 9090 Betriebe mit 41 318 Mitgliedern, wovon 7252 weibliche waren.

Im Jahre 1921 bestehen 222 Tarife, auf die Tapezierer entfallen 152 Ortstarife und Lohnabkommen. Insgesamt wurden 41 875 Mitglieder, darunter 8025 weibliche, durch diese 222 Tarife erfaßt.

Das Jahr 1922 brachte uns 250 Tarife und Lohnabkommen, davon entfallen 138 auf die Tapezierer. Insgesamt wurden davon 45 300, darunter 10 119 weibliche Mitglieder, erfaßt. Im Jahre 1920 bestanden bekanntlich drei Reichstarife, je einer für die Lederwaren-, Treibriemen- und Handwerkssattler, während zurzeit nur noch die Treibriemer einen Reichstarif besitzen.

An Streiks waren im Jahre 1920 in 197 Fällen, die sich auf 627 Betriebe erstreckt haben, 3451 Mitglieder mit 55 093 Streiktagen beteiligt. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug 1 510 107 Mk., die Kosten dieser Streiks 353 253 Mk.

Im Jahre 1921 hatten wir 207 Streikfälle in 847 Betrieben, daran waren 3664 Mitglieder beteiligt. Der entgangene Arbeitsverdienst betrug 3 238 019 Mark, die Streikkosten 655 836 Mk.

Das Jahr 1922 verzeichnet 239 Streikfälle in 1657 Betrieben, die Zahl der an den Streiks Beteiligten betrug 10 785 Mitglieder. Der entgangene Arbeitsverdienst konnte nicht festgestellt werden, weil die Löhne fortgesetzt verändert wurden und sich aus den Angaben richtige Schlüsse nicht ziehen lassen. Die Streiktage beziffern sich auf 169 697 gegen nur 50 002 im Jahre 1921, die Kosten der Streiks beziffern sich insgesamt auf 5 386 380,44 Mk.

Die Mitgliederbewegung ist folgende: Am 1. Januar 1920 Sattlerverband 25 652 Mitglieder, Tapeziererverband 12 893 Mitglieder, zusammen 38 545 Mitglieder. Am 1. Januar 1921 38 153 Mitglieder. Am 1. Januar 1922 40 548 Mitglieder und am 1. Januar 1923 46 008 Mitglieder.

Der Verband hatte demnach in den vergangenen drei Jahren einen unausgesetzten Kampf zu führen gegen die Geldentwertung und ihre Folgen, die zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse. Die Hauptätigkeit aller Verbandsfunktionäre mußte sich auf die Lohnkämpfe, die Tarifverhandlungen mit allem Drum und Dran konzentrieren. Diejenigen Mitglieder, die solchen Verhandlungen noch nicht beigewohnt haben, entrüsteten sich fast nach jeder solchen Verhandlung darüber, daß angeblich die Arbeitervertreter die Interessen der Mitglieder nicht energisch genug vertreten hätten und sich von den Unternehmern mit zu geringen Zulagen hätten abspeisen lassen. An vielen Beispielen läßt sich indes feststellen, daß auch diejenigen, die sich entrüsteten, wenn sie später selbst an den Verhandlungen teilgenommen, bei den Unternehmervertretern nichts ausgerichtet haben. Die jetzigen Löhne, die der Geldentwertung leider nicht entfernt entsprechen, mußten oft in tagelangen, hartnäckig geführten Auseinandersetzungen schwer erkämpft werden. Es war eben nicht mehr zu erhalten, deshalb entbrannten dann die Auseinandersetzungen mit der Waffe des Streiks, die wir oben wiedergegeben haben.

Aus dieser Tatsache müssen wir erkennen, daß der Kampf um unsere Daseinsbedingungen gegen die Macht der Unternehmer nicht leichter, sondern immer schwerer geworden ist. Es ist eben ein Klassenkampf, der geführt werden muß gegen die, die ihr Profitinteresse verteidigen. Die Kollegenschaft muß das verstehen lernen und sollte sich nicht in nutzlosen, aufgeregten Protesten gegenseitig zu überbieten suchen, wie es vorgekommen ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, alles zu unterlassen, was uns gegenseitig unnötig erbittern muß, weil es nur die Kampflust und die Einigkeit schwächt. Es gibt leider noch allzuviel Mitglieder, die, gewerkschaftlich ungeschult, nur allzuleicht solchen „Kritiken" Glauben schenken und das Gehörte dazu benutzen, den Verband zu diskreditieren, vielleicht ganz den Rücken zu kehren und so unberechenbaren Schaden anzurichten. Der Leser verzeihe diese Abschweifung, die notwendig ist um der Sache willen.

Ueber die Resultate der Tarif- und Lohnbewegungen in den letzten drei Jahren in diesem Rahmen zu berichten, ist unmöglich. Die Gegenüberstellung der heutigen Nominallöhne zu den Friedenslöhnen, gemessen an der Kaufkraft, ergibt so krasse Zustände, daß einen Vergleich mit den derzeitigen wahnsinnigen Preisen jeder leicht selbst ziehen kann. Wer heute ein Pfund Fleisch, Wurst oder Käse kauft, muß dafür das Vielfache eines Stundenlohnes geben, während man in der Vorkriegszeit für einen Stundenlohn im Durchschnitt dieselbe oder eine viel größere Menge erhielt.

Die Finanzgebarung des Verbandes zeigt kurz zusammengefaßt in der Berichtszeit folgendes Bild: Gesamtvermögen des Verbandes am 31. Dezember 1920 2 358 537,43 Mk., davon in der Hauptkasse 1 829 966,04 Mk., in den Lokalkassen 528 571,39 Mk.

Am 31. Dezember 1921 betrug das Gesamtvermögen 4 857 311,89 Mk., davon in der Hauptkasse 3 786 173,36 Mk., in den Lokalkassen 1 071 138,43 Mk.

Am 31. Dezember 1922 betrug das Gesamtvermögen 41 274 521 Mk., davon in der Hauptkasse 31 799 239 Mk., in den Lokalkassen 9 475 282 Mk.

Auch hier zeigt sich die Aufblähung unserer Geldwirtschaft. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1921 pro Kopf 123,07 Mk., im Jahre 1922 1227,20 Mk., das

ist das Zehnfache. Die Ausgabe betrug 1921 pro Kopf 71,90 Mk., im Jahre 1922 588 Mk., das ist das Achtfache.

Im einzelnen sind die Ausgaben im Vergleich der Jahre 1921/22 pro Kopf wie folgt gestiegen: Agitation, Verwaltung usw. von 6,63 auf 56,93 Mk., Zeitung inkl. Frauen- und Betriebsrätezeitung von 8,55 auf 98,75, örtliche Beitragsteile von 22,46 auf 226,42, Hauptkasse, sächliche, von 1,76 auf 16,29, persönliche von 3,81 auf 35,38, Verhandlungskosten (Tarifverhandlungen) von 1,99 auf 21,97, Streiks von 12,83 auf 98 Mk.

Diese finanzielle Entwicklung des Verbandes war möglich infolge der vorzüglichen Konjunktur in der Industrie, die infolge des niedrigen Markstandes mit Aufträgen, namentlich vom Auslande, überhäuft wurde. Die Arbeitslosenziffern gingen zum Beispiel im Verband herab von 10,5 im März auf 2,2 Ende Dezember 1921. Den niedrigsten Stand erreichte sie Ende Juni 1922 mit 1,8, um Ende Dezember 1922 auf 4,2 pro 100 Mitglieder zu steigen.

Diese günstigen Arbeitsgelegenheiten haben unseren Verbandsmitgliedern über die sonstigen Kalamitäten, unter welchen die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen schwer zu leiden hat, noch einigermaßen hinweggeholfen. Dieser Umstand hat zweifellos auch bewirkt, daß die zersetzenden Wirkungen der Kriegsfolgen und der schrecklichen Arbeitslosigkeit auf die Arbeiterschaft im allgemeinen und unseren Verbandsmitgliedern im besonderen klärend eingewirkt hat. Die im ersten Jahr nach Halle sich oft noch in heftigen Auseinandersetzungen Luft machende Stimmung ist mit der Zeit einer besseren Einsicht gewichen. Wir sind uns wieder näher gekommen, weil sich eben herausgestellt hat, daß der Arbeiterschaft aus der gegenseitigen Bekämpfung niemals ein Vorteil erwachsen ist, daß sie im Gegenteil nur ihre Aktionskraft durch den Bruderkampf geschwächt hat.

Wenn wir das vorstehende kurze Resümee in seinem Inhalt sachlich würdigen, so ist darin trotz aller Redereien über die angebliche Ohnmacht der Gewerkschaft dennoch der Beweis erbracht, daß unser Verband, seine Funktionäre und Mitglieder ein gewaltiges Stück Klassenkampf hinter sich haben. Dabei ist es ganz besonders erfreulich, daß daran auch die politische Einstellung einzelner kein Hindernis war. Bis auf wenige Personen haben auch die ganz links eingestellten sich rein gewerkschaftlich immer solidarisch verhalten.

Unser Verband ist von tiefgehenden inneren Zwistigkeiten, wie sie sich in anderen Verbänden abspielen, bisher verschont geblieben, mögen sie ihm auch ferner erspart bleiben, denn solche schwächen nur seine Aktionskraft.

In Offenbach soll nun rückschauend gewürdigt werden, was sich in der Berichtszeit zugetragen hat. Es ist das Recht der Delegierten, die Sonde der Kritik anzusetzen und in objektiver sachlicher Weise die Tätigkeit der Funktionäre des Verbandes einer Betrachtung zu unterziehen. Soll diese indes nutzbringend werden für die zukünftige Entwicklung des Verbandes, dann muß die Kritik auch zeigen, wie es anders und besser gemacht werden kann, als es nach ihrer Meinung der Fall war.

In dieser Zeit der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit ist der Verbandstag vor eine äußerst schwierige Aufgabe gestellt, wenn er Richtlinien für die künftige Verbandstätigkeit schaffen muß. Es kann kein Mensch voraussagen, was alles uns in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren bevorsteht! —

Wenn in dieser Hinsicht auch noch die Hoffnung offen bleibt, daß nichts so heiß genossen werden kann wie es gekocht wird, so soll uns das anspornen, trotz aller trüben Aussichten dennoch dafür einzutreten und alles zu tun, was zum Besten der Gesamtheit notwendig ist.

Mögen die Verhandlungen in Offenbach dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen unter den Vertretern des Verbandes wieder aufs neue zu stärken und zu festigen. Mögen sie belebend und fördernd auf alle unsere Handlungen einwirken, damit die Delegierten in ihren Wirkungskreis mit dem Bewußtsein zurückkehren können, unsere Interessenvertretung, unsere Kulturtätigkeit ist nach menschlichem Können und Vermögen aufs beste geregelt worden.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Mitglieder gelangen, rüsten sich die Delegierten bereits zur Reise nach Offenbach als die Auserwählten, die das Vertrauen der Mitgliedschaften ausersehen hat, die künftigen Wege zu bestimmen, die unser Verband wandeln soll. Mögen die Verhandlungen in Offenbach, wie sie auch ausfallen, fruchtbar werden für die Emanzipationsbestrebungen unserer Berufsgenossen und darüber hinaus für die gesamte Arbeiterschaft!

In diesem Sinne rufen wir den Gästen, Delegierten und Teilnehmern am Verbandstag ein herzliches Willkommen entgegen! Willkommen in Offenbach zu fruchtbringender Arbeit!

Zum Verbandstag.

Der Artikel des Kollegen Lippold-Dresden in Nr. 20 der „Verbandszeitung" veranlaßt mich, auch einige Zeilen über die Aufgaben des Verbandstages zu veröffentlichen. Zweifellos ist im Tapezererberufe eine gewisse Umstellung erfolgt. Die Zahl der Kundenarbeiter dürfte in allen Gebieten des Reiches wesentlich zurückgegangen sein. Daraus aber zurzeit Schlüsse über die Gestaltung unserer Organisationsform zu ziehen, halte ich für falsch. Wie sich die wirtschaftliche Entwicklung gestalten wird, läßt sich heute mit Sicherheit nicht voraussehen. Wir befinden uns doch zurzeit unbestritten in einer Periode wirtschaftlicher Umstellungen und erst die Zukunft wird uns zeigen, welchen Weg die deutsche Volkswirtschaft in den nächsten Jahren, vielleicht zwangsläufig, einschlagen muß. Unter diesen unbestimmten Verhältnissen alte bewährte Organisationsformen ohne zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten zu ändern, dürfte zurzeit unangebracht sein. Es wird wenige unter unseren tätigen Verbandsmitgliedern geben, die einer Vorwärtsentwicklung unserer Organisationsform ablehnend gegenüberstehen, aber das Allheilmittel finden wir auch nicht in dem Industrieverband, nicht in der Verbindung mit Arbeitergruppen, mit denen wir wirtschaftlich keine Berührungspunkte haben.

Der Kollege Lippold verkennt die Stimmung unter den Kollegenkreisen, wenn er der Meinung ist, daß weite Kreise der Sattlerkollegen eine Trennung von den Tapezierern wünschen, um zum Industrieverband zu kommen. Im Gegenteil können wir an vielen Orten die Beobachtung machen, daß die andere Seite eine Trennung wünscht, ohne sich über die Vorteile oder Nachteile klar zu sein.

Ich glaube heute nach unserer mehrjährigen Zusammenarbeit sagen zu müssen: Beide Teile haben bei gutem Willen von dem Zusammenschluß nur Vorteile gehabt. Keine Branche ist durch die andere in der Vorwärtsentwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehemmt worden. Wo sich die Notwendigkeit ergab, hat ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit den Holzarbeitern stattgefunden. Dies kann und wird auch in Zukunft so bleiben. In einzelnen Bezirken und Städten haben gemeinsame Lohnverhandlungen für die Handwerksbetriebe der Tapezierer und der Sattler stattgefunden; hier war es wohl möglich, die rückständigen Löhne der Handwerkssattler den allgemeinen Verhältnissen mehr zu nähern. Und ich behaupte, daß dies geschehen konnte, ohne die Tapezererlöhne zu drücken. Ich verweise hierbei auf den Landestarifvertrag für die Tapezierer- und Sattlerhandwerksbetriebe in Baden, auf die gemeinsame Lohnregelung in Württemberg, ähnlich liegen auch die Verhältnisse in einer Anzahl Orte, wo wir gemeinsame Tarife für Sattler und Tapezierer haben. Von beiden Seiten mit gutem Willen herangegangen, könnte in dieser Beziehung noch viel gebessert werden. Ganz irrig erscheint mir die Meinung des Kollegen Lippold, das Tarifwesen im Tapezierergewerbe sei zurückgegangen. Bei uns im Süden und im Westen Deutschlands trifft dies keineswegs zu, im Gegenteil, wir haben in den letzten Jahren eine große Anzahl kleinerer Orte mit erfaßt, in denen es in der Vorkriegszeit unmöglich war, festen Fuß zu fassen. Und wir haben auch in diesen Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Wir haben, gestützt auf die Verordnung vom 23. Dezember 1918, die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch gezwungen und der Einfluß des Verbandes ist in dem Gebiet, das ich übersehen kann, gegen die Vorkriegszeit ein stärkerer geworden. Aehnlich liegen auch die Verhältnisse im Rheinland, in Württemberg und den angrenzenden Gebieten. Wenn in einzelnen Gebieten des Verbandes die von Lippold geschilderten Verhältnisse zutreffen, dann muß von den zuständigen Verbandsinstanzen mit aller Energie eine Aenderung herbeigeführt werden. Von seiten der Verbandsleitung wird der Vorwärtsentwicklung gewiß kein Hindernis entgegengesetzt. Wo die Tarifentwicklung rückwärts geht, müssen wir uns selbst die Frage vorlegen, ob denn von den Kollegen, von den zuständigen Bezirks- oder Gauleitern die notwendige Energie entfaltet worden ist. Nicht die Organisationsform vermag unsere Zukunft zu retten; der Organisationsgeist, die Tatkraft und die Energie der Kollegen muß mehr in den Vordergrund treten, dann werden wir über den Berg hinwegkommen.

Leider geht die Tätigkeit der Verbandsfunktionäre fast vollständig in den Lohnbewegungen auf. Eine Forderung jagt die andere, fortgesetzte Verhandlungen nehmen die Kräfte der leitenden Kollegen fast völlig in Anspruch. Unsere Kollegen sehen zum großen Teil in dem Verband nur die Lohnregelungsmaschine; ernste Aussprachen über Wesen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung finden nicht die notwendige Beachtung. Ein Beispiel hierfür: Vor kurzem sollte eine Versammlung stattfinden mit folgender Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliche Kämpfe in alter und neuer Zeit, 2. Beschlußfassung über das neu getroffene Lohnabkommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zur Geschäftsordnung beschlossen, den zweiten Punkt der Tagesordnung zuerst zu behandeln. Nach einer Aussprache über das neue Lohnabkommen verließen von den etwa 140 Versammlungsteilnehmern zirka 110 die Versammlung, während des Referats verkrümelten sich noch etwa 15, so daß am Schluß der Versammlung noch ein Dutzend Teilnehmer anwesend war. So sieht das Interesse unserer Mitglieder aus.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung vorwärts kommen will, dann muß das Interesse geweckt werden. Wir haben früher Hausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder getrieben, heute, wo wir die Mehrzahl der Außenstehenden als Mitglieder gewonnen haben, tut es fast not, Hausagitation zur Aufklärung der Mitglieder über die einfachsten Wirtschaftsfragen zu treiben.

Nebenbei bemerken möchte ich noch auf die Befürchtung Lippolds, die Tapezierer würden auf dem Verbandstag nicht in nennenswerter Zahl vertreten sein, daß es wirklich nicht darauf ankommt, ob ein

Offenbach am Main!

Die größte Industriestadt des Hessenlandes ist seit langer Zeit bekannt als der Sitz der weltbekannten Offenbacher Lederwarenindustrie. Koffer- und Reiseartikel, Damentaschen und Portefeuilles; Ledergalanteriewaren jeden Genres in höchster technischer Vollendung erzeugt die Offenbacher Lederwarenindustrie. Zurzeit hat unsere Offenbacher Verwaltungsstelle rund 7000 Mitglieder und ist damit an erste Stelle im Verband gerückt. Der Verschmelzungsverbandstag in Halle a. d. S. beschloß mit großer Mehrheit, seinen ersten ordentlichen Verbandstag in Offenbach stattfinden zu lassen. Es ist naheliegend, daß unser Verbandsorgan die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen kann, ohne die Bedeutung Offenbachs als ersten Platz der Lederwarenerzeugung in Deutschland zu würdigen.

Nach übereinstimmenden Schilderungen wurde der erste Etuis- und Souvenierbetrieb in Offenbach im Jahre 1776 von Jos. Anton Mönchs u. Sohn errichtet. Mönchs war Buchbinder, der das Geschäft mit seinem Sohn und einem Lehrling betrieben haben soll. Im Jahre 1786 trat ein Teilhaber in das Geschäft ein, Joh. Js. de Jonge. Die Firma beschickte von da an bereits die Frankfurter Messe mit ihren Erzeugnissen. 1790 gründete Joh. Jak. Möller in Offenbach eine weitere Portefeuillesfabrik. 1806 vereinigten sich beide Firmen Möller und de Jonge, da Mönch inzwischen gestorben war. Der Sohn des jüngeren Mönch ging mit anderen Portefeuillern, Joh. G. Klein, nach Wien und diese holten sich hier die Kenntnisse, die sie später befähigen sollten, die Offenbacher Portefeuillesindustrie hochzubringen. Das Portemonnaie soll ein Wiener Arbeiter Pritzmann erfunden haben (1844), von wo aus es nach Offenbach gelangte. Jakob Mönch richtete in seinem Betrieb die erste Gürtlerwerkstatt ein zur Selbstanfertigung von Bügeln, Beschlägen, Scharnieren, Verzierungen aus Metall und anderem Material. Die erste Geldtasche soll ein in New York lebender Deutscher, Karl Fun, 1842, hergestellt haben. Das Wort Portefeuiller (Portemonnaie) ist aber französischen Ursprungs und läßt darauf schließen, daß in Paris diese Geldtaschen ebenfalls hergestellt wurden. Vielleicht kann man darüber näheres im Offenbacher Lederwaren-Museum erfahren. In Offenbach wurden die ersten vergoldeten und vernickelten Taschenbügel hergestellt, deren Qualität nicht wenig zur raschen Entwicklung der ganzen Industrie beigetragen hat.

Schon im Jahre 1873 soll auf der Weltausstellung die Offenbacher Industrie die Wiener überflügelt haben. Wie bedeutend die Portefeuillerbranche gegen alle anderen Berufe am Orte ist, erhellt daraus, daß z. B. im Jahre 1910 von insgesamt 1635 Lehrlingen am Ort, 773 gleich 47,28 Proz. der Lederwarenindustrie angehörten.

Ueber die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft in dieser Offenbacher Lederwarenindustrie hat der Begründer des Portefeuillerverbandes, Hermann Weinschild, in früheren Jahrgängen dieser Zeitung verschiedene Berichte gegeben. Wir ersehen daraus, daß die Arbeiterschaft der Offenbacher Lederwarenindustrie sich erst seit wenigen Jahrzehnten aus dem landwirtschaftlichen Kleinbetriebsarbeiter zum Industrie-, speziell zum Heimarbeiter entwickelt hat. Meistens Kleinbesitzer, genießt diese Offenbacher Industriearbeiterschaft eine scheinbar größere Freiheit und Selbständigkeit, wie die Arbeiter im Betrieb. Die Organisationsbestrebungen unter den Portefeuillern setzten bereits 1856 ein. Die damals gegründeten Vereine waren aber nicht in der Lage, die sozialen wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Erst am 17. April 1871 wurde ein Verein der Buchbinder und Portefeuiller gegründet, der sich daran machte, eine Lohnbewegung einzuleiten. Im Juli überreichte der Verein den Fabrikanten die aufgestellte Forderung einer 25prozentigen Lohnzulage. Die Fabrikanten rührten

Delegierter Sattler, Tapezierer oder Portefeuiller ist, das Wesentlichste ist, der Kollege soll als Delegierter ein geschulter Gewerkschaftler sein mit klarem Blick und Urteilsfähigkeit. Aus der Liste der Delegierten ersehe ich, daß unsere Tapezererkollegen ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechend gut vertreten sind, das zeigt aber auch, daß von einer Zurücksetzung irgendeiner Branche keine Rede sein kann.

Der Verbandstag wird sich mit der Frage der Industrieverbände eingehend beschäftigen müssen, aus neuen Verhältnissen werden sich auch neue Organisationsformen entwickeln, er wird aber über die Köpfe der Mitglieder hinweg Beschlüsse in dieser Frage nicht fassen können. Die Verhältnisse sind zu anderen Organisationsformen noch nicht reif und deshalb wird diese Frage auch auf dem kommenden Verbandstage eine Lösung nicht finden. Unseren heutigen Verband auszubauen, aus unseren zahlenden Mitgliedern überzeugte und geschulte Gewerkschaftler zu erziehen, das wird in der nächsten Periode die wichtigste Aufgabe sein, die wir zum Wohle der Gesamtheit zu erfüllen haben. E. Gasch.

Einheitsverband!

Unter diesem schönen Signum bringt Kollege Rockel in Nr. 16 unserer Zeitung eine Zuschrift, welche ein treffendes Beispiel ist, wie derartige Fragen nicht behandelt werden dürfen.

Man kann solche Schreibweise nur dann verstehen, wenn man annimmt, daß der Verfasser bisher keine Zeit fand, die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung zu studieren. Bei nur oberflächlicher Kenntnis der geschichtlichen Tatsachen muß bei jedem objektiv urteilenden Kollegen die Erkenntnis reifen, daß die gewerkschaftlichen Kampfgruppierungen nicht entstanden sind durch den Sadismus der Führer, sondern daß sie sich formten unter dem Druck wirtschaftlicher Notwendigkeiten.

Tatsache ist, daß schon des öfteren die Urabstimmung der Mitglieder einen von den Führern als notwendig erkannten Zusammenschluß verhinderten. Auf welche Tatsachen stützen sich die schweren Beschuldigungen des Kollegen Rockel? In welchen Zusammenhang sind sie zu bringen mit der Tätigkeit unserer Führer?

Es wird dem Kollegen Rockel schwer fallen, stichhaltige Gründe für seine Behauptungen anzuführen; aber es muß, um mit dem Kollegen Rockel zu reden, einmal offen ausgesprochen werden: Es ist leider eine bestehende Tatsache, daß viele Kollegen glauben, ihre Heilslehre von Brüderlichkeit, Seelenadel und Menschenliebe an den führenden Genossen in einer Weise zu betätigen, daß jedem ehrlich kämpfenden Kollegen ein physischer Ekel schüttelt. Diesen edlen Vorkämpfern einer neuen Geisteskultur muß ein entschiedenes Halt zugerufen werden. Alle gesund gebliebenen Teile der Kollegenschaft haben die Pflicht, diese Gift- und Spaltpilze in unseren Reihen unschädlich zu machen.

Ist es denn möglich, daß gerade die Genossen, welche oft ein ganzes Menschenalter ihre ganze Persönlichkeit einsetzten in dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse, sich dem weiteren siegreichen Vordringen hindernd in den Weg stellen? Sollten gerade die Genossen, deren Leben in aller Oeffentlichkeit sich wie in einem Glashause abwickelte, die Halunken sein, welche nichts Besseres zu tun wissen, als ihre Klassengenossen zu verraten?

Kollegen, merkt ihr nicht, welche Beleidigung auch für die Kollegen in solchen Vorwürfen liegt, welche durch die Wahl der Angegriffenen das Vertrauen ausdrückten? Waret ihr blind bei der Wahl, wollt ihr euch dauernd ohne Gegenwehr beleidigen lassen? Habt ihr schon darüber nachgedacht, warum diese Bonzenfresser oft eine starke Sehnsucht nach Bonzendasein verraten? Ist es euch ein Beweis besonderer Befähigung, wenn Leute mit aufgeschnappten Parolen diese als eigene Gedanken vorführen? Ist es ein Beweis von Ritterlichkeit, Kollegen anzugreifen, welche sich aus begreiflichen Gründen nur selten zur Wehr setzen? Ist denn schon jeder ein Held, welcher mit rollenden Augen und starken Armbewegungen Kraft mimt?

Müssen die unbedingt recht behalten, welche behaupten, daß das von der Arbeiterschaft vergebene Brot besonders bitter sei?

Kollegen, sehen wir uns die Menschen genau an. Es kommt nicht darauf an, Kollegen einer bestimmten politischen Richtung zu bekämpfen oder sie von der Arbeit innerhalb unserer Organisation auszuschalten, sondern es gilt zu erkennen, wer es ehrlich meint mit seinem Streben nach Wahrheit. Hüten wir uns vor den Aposteln, welche uns den Himmel in nächster Nähe sehen lassen wollen, dabei aber die Grundlagen jeden Erfolges, die Organisation, untergraben und zerstören.

Der unsachliche, persönliche und oft gehässige Kampf gegen die Führer untergräbt das Vertrauen in unseren Reihen, beraubt uns im entscheidenden Kampfe der erfahrenen Führer und macht so jeden durchschlagenden Erfolg unmöglich.

Nicht die, welche uns umschmeicheln, dürfen Führer sein, sondern die, welche ernstlich die Wahrheit suchen und den Mut aufbringen, sie uns zu sagen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Bei der Frage nach der zweckmäßigsten Form unserer Organisation darf sich der kommende Verbandstag nur und ausschließlich von dem Gedanken leiten lassen, wie in Zukunft die Interessen der bei uns organisierten Kollegen am wirksamsten vertreten werden können.

Die Zentralleitung hat die Pflicht, durch einwandfreies Material die Entwicklung der uns angeschlossenen Gruppen klar aufzuzeichnen. Zwingt uns die Entwicklung zu weiterer Konzentration, so muß diese geschaffen werden. Zeigt sich aber, daß innerhalb der von uns erfaßten Berufsgruppen und der für diese maßgebenden Industrien keine klare Schwenkung zur Großindustrie gegeben ist, so fehlt die Voraussetzung zur Umgruppierung, und wir werden nichts versäumen, wenn wir, die Entwicklung im Auge behaltend, diese Frage vertagen.

Dazu sind wir um so mehr verpflichtet, als bisher nur aus den Verwaltungsstellen die Zweckmäßigkeit der heutigen Zusammensetzung angezweifelt wird, in welchem nur geringe Möglichkeit einer Urberprüfung möglich ist, weil dort die eine oder die andere Gruppe so stark überwiegt, daß von einer Verschmelzung wenig oder gar nicht die Rede sein kann.

In Düsseldorf, wo beide Gruppen je die Hälfte der Mitgliedschaft ausmachen, ist die Verschmelzung eine vollkommene, und haben sich beide Teile bei verschiedenen Anlässen durchaus glücklich ergänzt.

Auf alle Fälle haben wir zu prüfen, was das Gesamtinteresse erheischt, und danach zu handeln und zu beschließen. P. Gehring.

Verbandstag und Industrieverband.

Scharfe Stellungnahme auf der ganzen Linie gegen die Anhänger des Anschlusses der Tapezierer an die Holzarbeiter.

Zwei Fragen hierzu:

1. Kann gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden in einem Verband, wo absichtlich das absterbende Handwerk als vorherrschend berücksichtigt werden soll, oder haben wir die Aufgabe im gewaltig emporsteigenden Industriekapitalismus, letzterem das Recht der Arbeit abzuringen?

2. Warum nahmen die Führer des ehemaligen Tapezererverbandes vor und während der entscheidenden Urabstimmung Stellung für Anschluß an die Sattler ein, trotzdem die Kollegen sämtlicher Länder, die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehören, bei den Holzarbeitern organisiert sind? Sollten die Berufsverhältnisse in der Schweiz, Oesterreich usw. vielleicht andere sein als in Deutschland?

Beide Fragen bitte ich auf dem Verbandstage zu beantworten. H. Huber.

Gefahren der Statistik.

Sehr beachtliche Kritik an den Indexziffern des Reichsamtes für Statistik übt in Nr. 239 vom 24. Mai des „Berl. Tagebl." der Rechtsanwalt Dr. W. Wagener. Vor allem wird bemängelt, daß die Indexzahlen nur nach zwei Stichtagen im Monat ermittelt werden, ohne Berücksichtigung der anderen 28 Tage und daß sie sich nur auf die notdürftigsten Aufwendungen beschränken. Dieser Mißstand habe zu ernsten Klagen Veranlassung gegeben. Das Statistische Amt hat die im März eingetretene Verteuerung im Verhältnis zum Februar nur mit 8 Proz. berechnet und die Erhöhung für April gar nur mit 3,5 Proz. Jede Hausfrau wisse, daß die Teuerung in beiden Monaten durchschnittlich 20 Proz. betragen hat. Allgemein bekannt sei auch, daß die Teuerung im Verhältnis zur Friedenszeit mindestens das 5000fache beträgt, während das Statistische Amt erst bei 2954 angelangt ist. Es sei doch zwecklos, durch eine rosig gefärbte Statistik die Tatsachen der Wirklichkeit zu verwischen oder zu bemänteln, etwa zu dem Zweck, die Gemüter zu beruhigen.

Die ungeheuerlichste Gefahr entstehe dadurch, daß es immer mehr Uebung wird bei allen Rechtsverhältnissen, die von der Geldentwertung betroffen werden, diese amtlichen Indexziffern als Maßstab und Berechnungsfaktor zu benutzen. Aus der Benutzung solcher falschen Zahlen werden zahllose Existenzen aufs schwerste geschädigt. Die Benachteiligung wird um soviel größer, je länger man das falsche System der bisherigen Statistik fortsetzt. Zahllose Angestellte, deren Gehalt nicht nach Tarifen geregelt wird, sind schon auf das schwerste durch diese falschen Indexziffern geschädigt worden. Dr. Wagener führt verschiedene Beispiele an, wonach auch die ordentlichen Gerichte die Reichsindexzahlen benutzen, weil jeder andere konkrete Maßstab zum Nachweis des Geldwertes bei Zahlungsverzug fehlt und daher im Einzelfalle sehr schwierig ist. Gerade deshalb, weil die amtlichen Indexziffern in vielen rechtlichen Fällen zur Richtschnur genommen werden, muß verlangt werden, daß diese Zahlen nach der wirklich eingetretenen Teuerung aufgestellt werden. Auch für die letzten Monate muß eine sorgfältige Nachprüfung stattfinden und eine Korrektur vorgenommen werden, die den Tatsachen gerecht wird.

Diese Ausführungen verdienen die ernste Beachtung aller Verbandsfunktionäre. Wir raten ihnen, bei Lohnverhandlungen mehr Wert darauf zu legen, wie die Preisbewegungen nach den Marktberichten sich vollzogen haben. Den Unternehmern wird es ja nach der Praxis des Reichsamtes für Statistik äußerst leicht gemacht, bei Lohnverhandlungen die Hand auf den Geldbeutel zu halten. Wir haben das ja in der letzten Zeit zur Genüge erfahren müssen.

Daß die Redaktion des „Berl. Tageblatt" diese Ausführungen durch einige abschwächende Bemerkungen begleitet, ändert nichts an den angeführten Tatsachen.

---

sich nicht, worauf Ende August bei vier Firmen die Arbeit niedergelegt wurde. Nun gründeten die Fabrikanten eine Organisation, der 65 Firmen beitraten. Dann kam es zu Verhandlungen, aber zu keinem befriedigenden Resultat, sondern zu weiteren Arbeitseinstellungen und schließlich zu einer Aussperrung von 700 Arbeitern. Am 28. September 1871 wurde der Kampf durch einen Vergleich beendet.

Im Jahre 1900 wurde dann der Portefeuillerverband gegründet, bis dahin waren die Offenbacher Portefeuiller teils im Buchbinder-, teils im Sattlerverband organisiert; vermutlich, weil viele aus diesen Berufen hervorgegangen sind. Den Anstoß zur Gründung des Portefeuillerverbandes gab nach der Schilderung Weinschilds die Ablehnung der Streikbewilligung durch den Vorstand des Buchbinderverbandes, die der Vorstand des Sattlerverbandes erteilte. Die Folge war, die Sattler erkämpften den Neunstundentag, die Portefeuiller aber mußten weiter 10 Stunden schaffen.

Am 11. November 1900 beschlossen 200 Portefeuiller die Gründung eines Portefeuillerverbandes. Ostern 1901 kam es darauf zu einer Gründung des Zentralverbandes der Portefeuiller. Weinschild wurde Vorsitzender und Redakteur.

Der Portefeuillerverband musterte auf seinem ersten Verbandstage 1904 in Offenbach 2374 männliche und 77 weibliche Mitglieder. Dort wurde beschlossen, eine allgemeine Tarifbewegung über ganz Deutschland einzuleiten, was auch in der Folge geschehen ist. Der zweite Verbandstag fand 1907 in Berlin statt. Der Verband hatte es auf 3437 männliche und 458 weibliche Mitglieder gebracht. Hier wurde bereits die Verschmelzung mit den Sattlern angeregt und in Erwägung gezogen. Beweggrund hierzu war die technische Entwicklung im Berufe und die hierdurch bedingte wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Entwicklung der Gürtel- und Damentaschenfabrikation hatte zu Arbeitsstreitigkeiten zwischen Sattlern und Portefeuillern geführt, so daß alles zu einer Verschmelzung drängte.

Im Jahre 1909 fand bereits in Köln a. Rh. eine gemeinsame Tagung beider Verbände statt, auf der die Verschmelzung beschlossen wurde. Seit dieser Zeit hat sich die Portefeuillerbewegung im Verband der Sattler immer mehr als die führende entwickelt. Die Tarifpolitik führte zum Abschluß des Reichstarifs für diese große Industrie, die sich besonders in den letzten Jahren geradezu glänzend entwickelt hat. Die neueren Stadien derselben sind bekannt, die Lederwarenindustrie ist heute mehr denn jede andere ein Objekt der Valuta. Ihr Florieren wie ihr Niedergang hängt ab vom Dollarstand. Die Tarifpolitik wird heute mehr denn je beeinflußt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese sind es letzten Endes, die unsere Handlungen bestimmen, sie verlangen und zur Anpassung zwingen. So wird denn Offenbach als Hauptsitz der deutschen Lederwarenindustrie und Sitz unserer größten Verwaltungsstelle das Interesse der Verbandsdelegierten in hohem Maße beanspruchen dürfen.

Leider ist die Zeit der Tagung in Anbetracht der heutigen Verhältnisse so kurz bemessen, daß es kaum möglich sein wird, den Delegierten noch besondere Gelegenheit zu geben, sich von der Leistungsfähigkeit der Offenbacher Lederwarenindustrie durch Besichtigung der Ausstellungsräume leistungsfähiger Firmen noch des näheren zu überzeugen. Selbst zum Besuch des Ledermuseums wird wenig Zeit vorhanden sein; trotzdem möchten wir nicht unterlassen, denselben ganz besonders zu empfehlen, da sich kaum an anderen Orten Derartiges findet.

So werden die Delegierten neben der ernsten Arbeit, die ihrer in Offenbach wartet, auch Gelegenheit finden, die wenige freie Zeit, die ihnen zur Verfügung stehen wird, zur Orientierung über die moderne Lederwarenindustrie zu verwenden.

Weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nachdem der Reichsrat zustimmte, ist mit Wirkung vom 14. Mai an eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter eingetreten.

Es gelten nunmehr folgende Sätze für den Tag:

	Ortsklasse A	B	C	D/E
Männer über 21 Jahre				
m. eigenem Haushalt	3200	3000	2800	2600
ohne eigenen Haushalt	2800	2600	2400	2200
unter 21 Jahren . . .	1950	1800	1650	1500
weibliche Personen				
über 21 Jahre mit eigenem Haushalt .	2800	2600	2400	2200
ohne eigenen Haushalt	2350	2200	2050	1900
unter 21 Jahren . .	1750	1650	1550	1450
Zuschuß für Ehegatten	1150	1050	950	850
„ „ Kinder u. sonst. unterhaltungsberechtigte Angehörige	950	900	850	800

Der Höchstbetrag einschließlich der Zuschläge für unterhaltungsberechtigte Angehörige beträgt das Dreifache des nach Alter, Ortsklasse usw. in Frage kommenden Unterstützungssatzes. Absoluter Höchstbetrag ist damit: täglich 9600 Mk. oder wöchentlich 57 600 Mk.

Die wöchentlichen Sätze betragen für

	Ortsklasse A	B	C	D/E
Männer über 21 Jahre				
m. eigenem Haushalt	19200	18000	16800	15600
ohne eigenen Haushalt	16800	15600	14400	13200
unter 21 Jahren . . .	11700	10800	9900	9000
weibliche Personen				
über 21 Jahre mit eigenem Haushalt .	16800	15600	14400	13200
ohne eigenen Haushalt	14100	13200	12300	11400
unter 21 Jahren . . .	10500	9900	9300	8700
Die wöchentl. Unterstützung beträgt demnach für ein Ehepaar	26100	24300	22500	20700
Ehepaar mit 1 Kind .	31800	29700	27600	25500
„ „ 2 Kindern	37500	35100	32700	30300
„ „ 3 „	43200	40500	37800	35100

usf. bis zu den Höchstbeträgen.

Die Kurzarbeiterunterstützung berechnet sich gleichfalls nach den neuen Sätzen. Der Kurzarbeiter erhält die Differenz zwischen dem Anderthalbfachen der obigen Sätze und der Hälfte seines Arbeitsverdienstes.

Soziales.

Gewerkschaftsbeamte in Schlichtungsausschüssen. Der preußische Handelsminister hat sich über die Mitgliedschaft von Gewerkschaftsbeamten im Schlichtunsausschuß in einem Bescheide vom 3. Januar 1923 III 12 590 geäußert. Darin heißt es:

„Weder gesetzliche Bestimmungen der Verordnung vom 23. Dezember 1918, noch der Sinn des Schlichtungsverfahrens bieten Anhalt dafür, daß die Gewerkschaftsbeamten, die vor dem Schlichtungsausschusse als Parteivertreter aufzutreten pflegen, nicht im übrigen — selbstverständlich nicht in der gleichen Streitigkeit — auch Mitglieder des Schlichtungsausschusses sein können. Das Schlichtungsverfahren als Form der staatlichen Beihilfe zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) setzt vielmehr seiner Natur nach gerade die Mitarbeit der Gewerkschaftsbeamten sowohl vor dem Schlichtungsausschuß als Parteivertreter wie im Schlichtungsausschuß als dessen Mitglieder voraus, wie dies beispielsweise auch aus dem Bescheide des Reichsarbeitsministers vom 15. Oktober 1920 (Reichsarbeitsblatt vom 15. November 1920, S. 95, Nr. 82) hervorgeht. Eine oft als unliebsam empfundene Schranke dieser Tätigkeit besteht darin, daß nach geltendem Recht (vgl. Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 24. August 1922 — IV A 3831) angenommen werden muß, daß die Verbandsangestellten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nicht in Tarifstreitigkeiten der eigenen Verbände Mitglieder des Schlichtungsausschusses sein können, wenn nicht, was allerdings stets sehr zu begrüßen ist, die streitenden Parteien ihr Einverständnis mit solcher Besetzung äußern und damit der mit einem Mangel behaftete gesetzliche Schlichtungsausschuß zur vollwirksamen vereinbarten Schlichtungsstelle wird; die Schlichtungsordnung wird voraussichtlich (vgl. § 70 Abs. 2 des Entwurfs) auch diese Schranke des geltenden Rechtes zugunsten der Zulassung der Verbandsvertreter in Tarifstreitigkeiten ihrer eigenen Verbände beseitigen."

Neuregelung des Lehrlingswesens. Wie wir erfahren, ist der Entwurf zu dem neuen Gesetz betreffend Berufsausbildung Jugendlicher im Arbeitsministerium soweit fertiggestellt, daß er jetzt dem Wirtschaftsministerium zur Begutachtung vorgelegt werden konnte. Man glaubt, ihn im Laufe des Monats Juni gedruckt den Spitzenverbänden zugehen lassen zu können. Die Sommer- und Ferienzeit soll zum Durchprüfen des Entwurfs verwendet werden, für den Monat September sind Besprechuntern vorgesehen, um die Ansicht der beteiligten Kreise zu hören.

Fahrpreisermäßigung soll nun auch den Handwerkslehrlingen gleich den Schülern zuteil werden, laut Mitteilung des Reichsverkehrsministers an den deutschen Industrie- und Handelstag. Beizubringen ist eine Bescheinigung des Lehrherrn, daß ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen ist; diese muß von der Handwerkskammer bestätigt sein. Wo der Lehrherr solchen Berufsvertretungen nicht angehört, sind die Bestätigungen beim Landrat oder sonstigen Verwaltungsbehörden einzuholen.

Korrespondenzen.

Breslau. (22. 5.) Versammlung vom 15. Mai. Amplewitz sprach über die Anträge zum Verbandstag. Dann berichtete Friedrich über die Lohngestaltung in den Branchen seit 17. April 1923. Neue Forderungen sind bereits eingereicht. Für die Tapezierer steht der Stundenlohn noch äußerst niedrig. Die Forderungen wurden gar nicht beantwortet. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen worden. Am besten stehen hier noch die Treibriemer mit 1554 Mk. ab 6. Mai. In den Branchenversammlungen wird künftig Türkontrolle stattfinden. Karten und Mitgliedsbücher müssen in Ordnung gebracht sein, säumige Zahler müssen an ihre Pflicht erinnert werden. Nichtmitgliedern kann der Zutritt nicht gestattet werden. Amplewitz machte auf die neuen Steuerabzüge ab 1. Juni aufmerksam. Für die Erwerbslosen sind bisher 92 400 Mk. gesammelt, es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht. Auch das Interesse am Versammlungsbesuch läßt wieder zu wünschen übrig, trotz aller Agitation seitens der Hauskassierer. G. Haase.

Stolp. In der vollzählig besuchten Streikversammlung gab der Vorsitzende Kollege Rahn das Ergebnis der Verhandlung mit dem Ostpommerschen Arbeitgeberverband bekannt. Das Angebot wurde mit Entrüstung einstimmig abgelehnt. Die Kollegen betrachten es als eine Verhöhnung und geloben, weiter solidarisch für ihre gerechte Forderung zu kämpfen. Die Versammlung spricht den Filialen, die uns hilfreich mit Geldmitteln unterstützt haben, ihren Dank aus. Rahn.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

In **Stolp** streiken die Tapezierer weiter.

In **Kolberg** streiken die Tapezierer bei der Firma Zenk Warenhaus. Haltet Zuzug fern!

Lederwarenindustrie.

(Lohn des Facharbeiters über 23 Jahre.)

Bezirk Berlin Kl. I ab 18. Mai 1950 Mk., ab 25./26. Mai 2000 Mk.

Bezirk Hamburg. Ab 21. und 22. Lohnwoche Kl. I 1960 Mk., Hamburg 50 Mk. mehr.

Offenbach. Ab 18./19. Mai bis 1./2. Juni 2500 Mk.

Tapezierergewerbe.)

(Lohn der ältesten Facharbeiter.)

Elberfeld-Bergisch-Land. Ab 18. Mai 2400 Mk., Näherinnen 1450 Mk., Werkzeuggeld 1000 Mk. monatlich.

München. Vom 18. Mai bis 7. Juni 2000 Mk.

Worms. Ab 14. Mai 2231 Mk.

Berlin — Autosattler.

Ab 24. Mai bis 6. Juni 2430 Mk.

Pläne- und Zeltbranche.

Ab 11. bis 24. Mai 2007 Mk.

Fahrzeugindustrie.

München. (Wagenbau.) Ab 18. bis 31. Mai 1850 Mk., ab 1 Juni 2150 Mk

Sachsen. Ab 23. bis 29. Mai 1930 Mk.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 4. bis 10. Juni ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Die neue Geldentwertung trifft die Organisation wie jedes einzelne Mitglied. Soll der Verband seine Stoßkraft bewahren, dann müssen die Beiträge sofort den veränderten Stundenlöhnen angepaßt werden. Bestellungen auf höhere Markensorten sind bei der Hauptverwaltung bisher wenig eingegangen, wir bitten dieses umgehend nachzuholen. Der Verbandsvorstand.

An die Ortsverwaltungen.

Am Sonnabend, den 26. Mai, ist die graue Berichtskarte für Monat Mai genau auszufüllen und einzusenden.

Da am 6. Juni der Verbandstag beginnt, müssen alle Karten spätestens am 3. Juni in unseren Händen sein.

Verbandstag in Offenbach a. M.

Die gewählten Delegierten und Gauleiter, welche zum Verbandstag kommen, bitten wir, sich wegen Logis an die Ortsverwaltung Offenbach zu wenden. Adresse: H. Krüger, Offenbach a. M., Austraße 9.

Adressenveränderungen.

Eberswalde. Kass. C. Michel, Breite Str. 11.

Marienwerder i. Westpr. Vors.: Josef Lemanowitz, Lazarettstr. 3. Kass.: Alex Wasick, Kleine Wallstraße 4.

Sorau (N.-L.). Vors.: Wilhelm Wend. Kassierer: Karl Hesse, Schützenstr. 4.

Salzwedel. Kass.: W. Stupin, Reichestr. 58.

Versammlungskalender.

Berlin. (Geschirrsattler.) Dienstag, den 5. Juni, abends 5½ Uhr, bei Ohngemach, Kommandantenstraße 88.

Berlin. (Autosattler,) Mittwoch, den 6. Juni, abends 7 Uhr, Alexandrinenstr. 44. Vortrag: Naturwissenschaft. Frauen mitbringen.

Reichenbach i. Vogtl. Mittwoch, den 13. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung.

Sterbetafel.

Berlin. Am 5. Mai Ernst Klempnow, Tapezierer, im Alter von 68 Jahren. — Am 8. Mai Max Hohenhaus, Sattler, 24 Jahre alt.

— Am 20. Mai: Paul Hoppe, Sattler, im Alter von 70 Jahren.

Düsseldorf. Infolge Unglücksfalls verloren wir aus unserer Mitte die Kollegen Josef Hagen und Karl Mause.

Stuttgart. Am 14. Mai Karl Wolf, Tapezierer, 55 Jahre alt, nach 22jähriger treuer Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken!

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller / Magdeburg

Zu dem am 9. Juni, abends 8 Uhr, im

„Werderschlößchen"

stattfindenden Vergnügen ladet ein.

Das Komitee.

Tüchtige Treibriemensattler

die mit allen Arbeiten der Fabrikation bestens vertraut sind, zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote und Zeugnisabschriften an: **W. Fischer,** Leder- und Treibriemen-Fabrik, Lehmwasser in Schlesien.

Gesucht wird nach Stuttgart ein tüchtiger, energischer

Portefeuiller

als **Vorarbeiter** bei hohem Lohn und Gewinnbeteiligung. Angebote erb. unter „B. K. 32" an d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Verantw. Redakteur: G. Becker, Berlin. Verlag: G. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.